

Ein Soldat salutiert mit einem Holzgewehr auf einem Spielzeugfahrzeug, ein Papierflieger stürzt ab; die zynische Überschrift läutet: 'Bereit zum Gefecht. Wie schlimm es um die Bundeswehr wirklich steht. Eine Titelseite des Wochenmagazins *Der Spiegel* suggerierte Anfang 2023, dass es der Bundeswehr nicht gut geht. Think tanks hatten schon lange Alarm geschlagen, aber erst nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 schien auch die Politik von der Dringlichkeit und Notwendigkeit überzeugt zu sein, die Schrumpfung der Bundeswehr zu stoppen und mehr Geld für die Verteidigung bereitzustellen. Der Bundestag hat ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr bereitgestellt, während die Bundesregierung in der jüngst veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie sogar eine Vorreiterrolle für die Bundeswehr in Europa sieht. Bei den Petersberger Gesprächen zur Sicherheit in Königswinter beleuchteten Experten jüngst die Lage der Bundeswehr, die internationale Zusammenarbeit und die Sicherheitslage in Europa. Kann die 'Generation Downsizing' von Bundeswehroffizieren, deren Arbeit vor allem daraus bestand, Einheiten aufzulösen, jetzt wirklich mit dem Wiederaufbau beginnen?

Dr. Frans van Nijnatten

Militaire Spectator (september 2023)

<https://militairespectator.nl/artikelen/tussen-zeitenwende-en-generation-smartphone>

Oberst b.d. Hans-Joachim Schaprian, Moderator der Petersberger Gespräche, wies in seiner Einführung in das Symposium darauf hin, dass Deutschland vor großen wirtschaftlichen, militärischen und klimatischen Herausforderungen stehe.[1] 'Die Demokratie wird herausgefordert und die Politik muss Antworten finden, zum Beispiel auf die Frage, ob Deutschland eine führende Rolle in Europa spielen sollte', so Schaprian. Zum Teil hat die Regierungskoalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bereits die Antworten geliefert. Am 27. Februar 2022, drei Tage nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine, hielt Bundeskanzler Olaf Scholz eine Rede im Bundestag, in der er von einer Zeitenwende auf dem europäischen Kontinent sprach: Der russische Staatschef Wladimir Putin hat mit der Entfesselung eines Krieges bewusst auf Konfrontation gesetzt statt auf Kooperation und das Völkerrecht ignoriert. Deutschland und seine Verbündeten dürften nicht zulassen, dass 'Kriegstreiber wie Putin' Europa in die Zeit der Großmächte des 19. Jahrhunderts zurückfallen ließen, aber sie müssten stark genug dafür sein, so Scholz.[2] Er wies darauf hin, dass Deutschland deutlich mehr in die eigene Sicherheit investieren müsse um Freiheit und Demokratie zu schützen, darunter ein Sondervermögen für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro und die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsprodukts bis 2024. Ein halbes Jahr später verwies Scholz bei einer Rede in Prag auf die hunderte Millionen Euro materieller Unterstützung, die die europäischen Länder inzwischen für die Ukraine geleistet haben. Deutschland sei bereit, Initiativen für ein stärkeres Europa zu ergreifen, aber immer in Absprache mit anderen EU-Mitgliedstaaten; niemand sollte von Berlin fertige Lösungen oder Regelungen erwarten.[3] Mit der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine – womit Scholz in den Augen vieler Experten zu lange gezögert hat – hat Deutschland das Tabu gebrochen, Kampfgerät in Kriegsgebiete zu exportieren.

Unter Federführung des Auswärtigen Amtes hat die Bundesregierung im vergangenen Juni die erste Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesrepublik mit dem Titel *Integrierte Sicherheit für Deutschland. Wehrhaft. Belastbar. Nachhaltig* vorgelegt. Integriert bezieht sich auf alle Zweige der Regierung, der Gesellschaft und der Wirtschaft. Außenministerin Annalena Baerbock schrieb, Deutschland trage durch seine Geschichte, seine wirtschaftliche Stärke und seinen diplomatischen Einfluss eine besondere Verantwortung und werde in Zukunft mehr zur Sicherheit Europas beitragen. Baerbock sagte, dass die nationale Sicherheit von nun an bei politisch-wirtschaftlichen Entscheidungen stärker berücksichtigt werde, denn die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Erdgas sei eine bittere Lektion gewesen.[4]

Die Nationale Sicherheitsstrategie bezeichnet Russland vorerst als die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euro-atlantischen Raum, während China ein systemischer Rivale, aber auch ein Partner und Konkurrent ist. Im Juli hat die Bundesregierung eine eigene China-Strategie verabschiedet, die unter anderem darauf abzielt, deutsche Werte und Interessen in den 'komplexen Beziehungen' zu China besser zu verwirklichen.[5] In der Nationalen Sicherheitsstrategie heißt es weiter, dass Deutschland widerstandsfähiger gegen Terrorismus, Cyberangriffe und organisierte Kriminalität werden und gleichzeitig der Klimakrise und der Ressourcenknappheit begegnen müsse. Was die Verteidigung betrifft, nennt die Nationale Sicherheitsstrategie die Erhöhung der Ausgaben auf mindestens 2% des BIP, die gemeinsame Entwicklung von Waffensystemen mit anderen EU-Ländern und die Aufrechterhaltung der nuklearen Aufgaben der Bundeswehr.

Mit der Betonung auf 'integrierte Sicherheit' und Schlagwörtern wie Zivilschutz, internationales Krisenmanagement, Klimaschutz und Bekämpfung von Desinformation trage die Nationale Sicherheitsstrategie deutlich den Stempel 'der grünen Diplomaten im Auswärtigen Amt', so der Journalist und Verteidigungsexperte Wolfgang Labuhn, in dem die Bundeswehr anders als in den in der Vergangenheit herausgegebenen Weißbücher nicht mehr im Mittelpunkt steht. In der Nationalen Sicherheitsstrategie heißt es zwar, dass die Bundeswehr in den kommenden Jahren zu den leistungsfähigsten konventionellen Streitkräften werden wird, 'aber was das konkret für die Bundeswehr bedeutet, bleibt vage'.

Christina Krause von der Konrad-Adenauer-Stiftung, dem wissenschaftlichen Büro der CDU/CSU, sieht in der Nationalen Sicherheitsstrategie keine Strategie, sondern eine Bestandsanalyse. Sie wirft der Regierung vor, keine Prioritäten zu setzen und keine Mittel zu benennen, mit denen die angestrebte 'integrierte Sicherheit', die von allen Teilen der Gesellschaft, der Regierung und der Bundeswehr ausgehen sollte, erreicht werden kann.[6] Obwohl das Dokument die Gesellschaft in den Mittelpunkt stellt, hat die Nationale Sicherheitsstrategie nicht zu einer breiten Debatte in der deutschen Bevölkerung geführt, meint der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Bartels: 'Für die Fachexperten ist es aber ein Thema: Scholz hat mit seiner Zeitenwenderede hohe Erwartungen geweckt, indem er Deutschland als Vorreiter in Europa positioniert hat'. Partner wie die Niederlande, die eine Welt anstreben, die auf Regeln und Werten basiert, sehen nun das, was Bartels einen 'Wandel der Tonart' nennt, einen Bruch mit der Ära von Kanzlerin Merkel (2005-2021), als andere Länder Deutschland keine so aktive Rolle zugetraut hätten.

Die Koalitionsregierung richtet keinen Nationalen Sicherheitsrat ein, obwohl sich einige Experten schon seit Jahren dafür einsetzen. Eine von ihnen ist die Berliner Politikwissenschaftlerin Christina Moritz, die seit 2016 darüber publiziert und eine Doktorarbeit zum Thema schreibt. Sie ist der Meinung, dass der derzeitige Bundessicherheitsrat, ein Kabinettsausschuss, der ad hoc tagt und fast ausschließlich über Rüstungsexporte spricht, durch einen permanenten Nationalen Sicherheitsrat ersetzt werden sollte, der sich täglich mit Sicherheit und Strategie befasst. 'In den letzten Jahren hatten wir die Corona-Krise, Überschwemmungen und den Ukraine-Krieg. Wir hätten effektiver sein können, wenn wir einen Nationalen Sicherheitsrat gehabt hätten. In 65 Ländern, mit unterschiedlichen Regierungsformen, gibt es einen solchen Rat', sagt Moritz. Die Politikwissenschaftlerin hat ein Modell für einen deutschen Rat entworfen. Die Befürchtung, dass die Bundesländer im Bereich Sicherheit weniger Mitspracherecht hätten, bezeichnet sie als unbegründet. 'Bei Bedarf könnte der Nationale Sicherheitsrat als Krisenstab fungieren, aber zeitlich begrenzt.'

Jasper Wieck, politischer Direktor im Verteidigungsministerium, sagte in Königswinter, dass die bestehenden beratenden Gremien auch im Krisenfall ausreichen und ein Rat nur eine zusätzliche Belastung schaffen würde. Wolfgang Labuhn denkt, dass ein Beirat aus militärischen und zivilen Experten nützlich sein könnte, um die Regierung täglich strategisch und aktuell zu beraten. Aber solange die Koalitionsparteien SPD und Grüne nichts darin sehen, wird es keinen Nationalen Sicherheitsrat geben. Hans-Peter Bartels ist der Meinung, dass Deutschland einen solchen Rat auch nicht brauche, 'weil wir kein Regierungssystem wie in den USA oder Großbritannien haben'. Die FDP und die Oppositionspartei CDU/CSU im Bundestag setzen sich vehement für einen Nationalen Sicherheitsrat ein. CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz zeigte sich enttäuscht darüber, dass der Rat nicht zustande gekommen sei und kritisierte die gesamte Nationale Sicherheitsstrategie als 'blutleer' und 'irrelevant'. [7] Christina Moritz: 'Es geht darum, dass ein Nationaler Sicherheitsrat genau das richtige Gremium wäre, um eine Nationale Sicherheitsstrategie weiterzuentwickeln; jetzt machen wir nichts mehr mit diesem Dokument'.

Von der Einsatzarmee zurück zur ersten Hauptaufgabe

In der Nationalen Sicherheitsstrategie heißt es, die Bundesregierung wolle die Bundeswehr als Säule der europäischen Verteidigung stärken. Es ist nicht verwunderlich, dass nicht alle Militärs und Experten sofort Vertrauen in ein solches Versprechen haben. Christine Lambrecht, die Vorgängerin des jetzigen Verteidigungsministers Boris Pistorius, räumte im vergangenen Jahr ein, dass die Bundeswehr jahrzehntelang vernachlässigt worden sei, [8] während Scholz in seinem Vorwort zur Nationalen Sicherheitsstrategie schrieb, die Regierung nehme die russische Invasion in der Ukraine zum Anlass, die Bundeswehr 'endlich angemessen auszurüsten'. [9] Offenbar bedurfte es eines großen Schocks wie des russischen Angriffs auf die Ukraine, um zu erkennen, dass es unverantwortlich ist, eine Streitmacht so weit zu reduzieren, dass die Einsatzbereitschaft nicht mehr gewährleistet ist, sowohl aus sicherheitstechnischer Sicht als auch gegenüber dem eigenen Personal. Wolfgang Labuhn weist darauf hin, dass die deutschen Landstreitkräfte bis 1990 aus zwölf voll ausgerüsteten und einsatzfähigen Divisionen bestanden. Von 495.000 Soldaten schrumpfte die Bundeswehr auf aktuell 182.000 Soldaten, während es keine einzige voll ausgerüstete und einsatzfähige Division mehr gibt. 'Nur die Panzergrenadierbrigade 37, die in diesem Jahr die Very High

Readiness Joint Task Force der Nato anführt, gilt als 'kampfbereit'. Zwar könnte auch die Division Schnelle Kräfte, zu der auch die niederländische 11. Luftlandebrigade gehört, schnell eingesetzt werden, aber nur für Spezialoperationen und nicht für den Kampf gegen feindliche Landarmeen.'

Bis 2025, zwei Jahre früher als ursprünglich geplant und beschleunigt durch die russische Invasion in der Ukraine, soll es wieder eine voll ausgerüstete und verlegefähige Division geben, bis 2031 sollen es drei sein. Grundlage für diesen weiteren Auf- und Ausbau sind die von der Bundeswehr erstellten Kapazitätsprofile, von denen das erste 2018 veröffentlicht wurde. 'Das Ministerium arbeitet derzeit an einem 'Fähigkeitsprofil 2023', das auch die nationale Ambition bis 2035 beinhalten wird', sagt Labuhn. Bereits im vergangenen Jahr gab es Kritik aus Reservistenkreisen, dass die Umstrukturierung der Landstreitkräfte in die Kategorien Leichte Kräfte, Mittlere Kräfte und Schwere Kräfte Lücken offen lässt, etwa bei der Artillerie. Die Bundeswehr hat nur vier Artilleriebataillone, und das werden neun sein, aber sie schließen sich nicht den niederländischen Brigaden an, was Björn Müller, Herausgeber des Reservistenmagazins *Loyal*, angesichts der Lehren über indirektes Feuer, die aus dem Krieg in der Ukraine gezogen werden können, als unverständlich bezeichnete.[10]

Hans-Peter Bartels stuft die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr als 'prekär' ein. 'Und die Zukunft ist offen: Es gibt keine Garantie dafür, dass es nicht zu einer weiteren großen Sparaktion kommt. Das Sondervermögen ist in Ordnung, aber auch nach 2027 müssen wir weitermachen.' Generalinspekteur der Bundeswehr Carsten Breuer sagte in Königswinter, er sehe durchaus eine Chance im Sondervermögen. Zum Beispiel könnte die 'Generation Downsizing', also Offiziere, die in den letzten Jahren Befehle zur Auflösung von Einheiten oder zur Entsorgung von Ausrüstung ausgeführt haben, endlich mit dem Wiederaufbau beginnen. Breuer sagte, dass viele in der Bundeswehr – militärische und zivile Beschäftigte – ihre Denkweise anpassen müssten, 'damit die Umsetzer merken, dass sie schnell arbeiten dürfen'. Das liege nicht in der DNA der Bundeswehr, so Breuer: 'Ich war in der Ukraine und habe gesehen, dass die Kampfstellung des Kommandeurs in 90 Minuten abgebaut und aufgebaut werden kann. Es stimmt, sie befinden sich im Krieg, aber das ist keine Entschuldigung für die langsame Arbeit bei uns.' Er plädierte dafür, den Begriff 'Einsatzbereitschaft' in der Bundeswehr durch den Begriff 'readiness' zu ersetzen, 'denn darin liegt die Dimension der Zeit'.

Breuer bezog sich dabei auf das *Weißbuch zur Bundeswehr*, das die Bundesregierung 2016 herausgegeben hatte und in dem sie zwei Jahre nach der russischen Annexion der Krim auf die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Modernisierung der Streitkräfte hinwies.[11] 'Der Inhalt war gut, aber es war nicht möglich, das Weißbuch in die Praxis umzusetzen', sagte der General, der damals für die Erstellung des Dokuments mitverantwortlich war. Wolfgang Labuhn merkt an, dass die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen mit dem Weißbuch tatsächlich eine 'Trendwende' in den Bereichen Ausrüstung, Personal und Finanzen in Gang gesetzt habe. 'Aber dieser Prozess ist noch lange nicht abgeschlossen, was bedeutet, dass die Bundeswehr Deutschland im Moment und auch im Rahmen der Nato nicht gegen einen Angriff von außen verteidigen könnte.'

Breuer will die Gunst der Stunde nutzen, um sowohl das Vertrauen als auch die Effektivität wiederherzustellen: 'Unsere 16.000 Soldaten bei der VJTF sowie bei der Übung Air Defender

strahlen aus, dass wir wieder über Abschreckung nachdenken. Und die Lektionen, die wir aus der Ukraine gelernt haben, zeigen uns, dass der Fokus auf Technologien wie Drohnen liegen sollte, nicht auf den Waffen von gestern.'

Die Regierung wird aber auch versuchen müssen, die Bundeswehr mit den Waffen von heute auszustatten, denn es gibt Engpässe in allen möglichen Bereichen, von persönlicher Ausrüstung und Artilleriegeschützen – auch durch die Lieferung von Panzerhaubitzen an die Ukraine – bis hin zu Kommunikationsgeräten. *Der Spiegel* berichtete unter Berufung auf interne Berichte aus dem Verteidigungsministerium, dass die Einsatzbereitschaft rund um die VJTF weniger rosig sei als dargestellt. Das Magazin weist auf Engpässe wie 'uralte, analoge Radios' hin, die mit den modernen Geräten der Niederländer, Tschechen und Norweger nicht kommunizieren können.[12] Und manchmal laufen die Dinge einfach nicht wie geplant, wie bei einer Übung mit 18 gepanzerten Puma-Fahrzeugen, die alle 18 versagten. Neben dem Heer gibt es auch bei der Marine und der Luftwaffe Personal- und Ausrüstungsengpässe. Im Dezember 2022 gab der Bundestag 13 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen frei um acht Waffensysteme zu finanzieren, darunter 35 F-35A Jäger für die Luftwaffe. 13 Milliarden sind übrigens genau der Betrag, der aus dem Sondervermögen, das sich selbst finanzieren muss, in Zinsen verschwindet, so dass am Ende des Tages nur 87 Milliarden übrig bleiben.[13] Für den Deutschen Reservistenbund ist das alles nur ein Tropfen auf den heißen Stein, denn der Vorsitzende Patrick Sensburg sieht mindestens 300 Milliarden Euro nötig, um die Bundeswehr strukturell neu aufzustellen und zu stärken.[14] Oder sind auch 300 Milliarden nicht genug und geht es vielleicht gar nicht erst um Geld? Der ehemalige Fallschirmjäger Achim Wohlgethan spricht offen darüber. In seinem Buch *Blackbox Bundeswehr* schreibt er, dass mit dem deutschen Rückzug aus Afghanistan während der Evakuierung im August 2021 das Vertrauen der Soldaten in die politische Führung verloren gegangen sei. Viele Militärs denken, dass die zusätzlichen Milliarden hauptsächlich bei der Bürokratie hängen bleiben werden. Der Verlust an Selbstvertrauen und Motivation lässt sich nicht allein mit Geld kompensieren, so Wohlgethan.[15]

Pistorius trat sein Amt im Januar 2023 als vierter Verteidigungsminister seit 2019 an. Diese Veränderungen haben der Kontinuität im Ministerium nicht gut getan. 'Er musste sich erst ein Bild machen, aber in kurzer Zeit hat er viel Vertrauen innerhalb der Bundeswehr und der Nato aufgebaut', sagt Hans-Peter Bartels. Allerdings muss Pistorius auch innerhalb der Regierungskoalition Kompromisse eingehen. Für 2024 hatte er eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts um 10 Milliarden Euro gefordert, musste sich aber mit 1,7 Milliarden begnügen, was den Gesamthaushalt auf 51,8 Milliarden bringt. Um den 2%-Nato-Standard zu erfüllen, steuert die Regierung weitere 19,2 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen bei. [16] Wolfgang Labuhn sagt, dass die Bundeswehr in der Materialnotiz vom vergangenen Juni neben den F-35, die die nukleare Aufgabe des Tornados übernehmen werden, unter anderem folgende Großanschaffungen und Projekte erwähnt: 60 schwere Transporthubschrauber (Chinook CH-47F als Ersatz für die veraltete CH-53G); das Main Ground Combat System (zusammen mit Frankreich für den Ersatz von Leopard-2- und Leclerc-Panzern); Arrow 3 (Raketensystem zur territorialen Luftverteidigung); und das Panzerfahrzeug Boxer. 'Die komplette Liste umfasst 7 Seiten', verdeutlicht Labuhn treffend die Defizite, die die Bundeswehr in den vergangenen dreißig Jahren als Einsatzarmee für Auslandseinsätze von Afghanistan bis Mali gemacht hat.

Für Synergien in den Bereichen Beschaffung, Instandhaltung, Logistik und Bildung setzt die Bundeswehr weiterhin auf Interoperabilität und internationale Zusammenarbeit, mit denen sie über jahrzehntelange Erfahrung verfügt. Das 1. Deutsch-Niederländische Korps mit Sitz in Münster, die Integration von drei niederländischen Brigaden in die Bundeswehr, die bilaterale Zusammenarbeit in der bodengestützten Luft- und Raketenabwehr (Apollo) und die Zusammenarbeit zwischen dem Korps Mariniers und dem Seebataillon sind gute Beispiele. Labuhn erwähnt auch die 1989 gegründete Deutsch-Französische Brigade (6.000 Soldaten), das Eurokorps (seit 1993) und in jüngerer Zeit das deutsch-britische Pionierbrückenbataillon 130 (2021) sowie die European Sky Shield Initiative mit vorerst 15 Nato-Staaten (2022). Hans-Peter Bartels qualifiziert die Niederlande als 'idealen Partner' für die Zusammenarbeit: 'Die Einsatzbereitschaft, die wir zum Beispiel bei den Landstreitkräften erreichen, ist ein Modell für die Zukunft, in der ein niederländischer Soldat einen deutschen Vorgesetzten haben kann und umgekehrt.' Bartels nennt auch Belgien, Tschechien und Norwegen als Länder, mit denen die Bundeswehr die Zusammenarbeit ausbauen könnte.

Ob der Verteidigungshaushalt in den kommenden Jahren wirklich strukturell aufgestockt wird und wie das Geld aus dem Sondervermögen ausgegeben wird, bleibt offen. Christina Krause von der Konrad-Adenauer-Stiftung hat Zweifel, denn es besteht die Gefahr, dass die Unterstützung für die Verteidigung in der deutschen Bevölkerung sinkt, wenn der Krieg in der Ukraine endet. Der Druck auf die Politik wird dann steigen, die Milliarden für andere Engpässe auszugeben.[17]

Bei Air Defender 2023 hat die Bundeswehr gezeigt, dass sie trotz der Budgetkürzungen der letzten Jahrzehnte eine solche Großübung noch ermöglichen kann. Fünfundzwanzig Länder nahmen im Juni mit 250 Flugzeugen und Hubschraubern an der größten Luftwaffenübung in der Geschichte der Nato teil. Im Bereich der Militärlogistik bleibt Deutschland einer der wichtigsten Partner im Bündnis. 'Deutschland nimmt traditionell eine Schlüsselposition ein, wie die zahlreichen Reforger-Übungen während des Kalten Krieges gezeigt haben. Seit sich die Grenze der Nato nach Osten verschoben hat, ist Deutschland als Transitland ein logistischer Knotenpunkt für Truppenbewegungen. Das Logistikbataillon 163 ist in der Lage, Geräte in zwei Seehäfen und auf vier Fliegerhorsten gleichzeitig abzufertigen', sagt Wolfgang Labuhn. 'Aufgrund dieser Fähigkeiten der Bundeswehr, die logistisch ausreichend mit Ausrüstung und Personal ausgestattet ist, hat die Nato beschlossen, das neue Joint Support and Enabling Command (JSEC) in Ulm einzurichten.'

Jasper Wieck lobte die materielle Hilfe, die bisher für die Ukraine geleistet wurde, betonte aber, dass es für die Bundeswehr ein Verlust sei, sie aufgeben zu müssen.[18] Hans-Peter Bartels plädierte daher in Königswinter für ein Umdenken beim Erwerb: 'Wir müssen auf Überschuss kaufen, damit wir möglicherweise Geräte an bedrohte Länder abgeben können, ohne gleich selbst in Schwierigkeiten zu geraten.' Er plädierte auch für die rasche Anschaffung von Systemen, einschließlich Raketenabwehr, anstatt sie selbst zu entwickeln 'und sie dann zehn Jahre später und fünfmal teurer zu haben'. Die deutsche Rüstungsindustrie wird Ankaufen im Ausland nicht gern sehen, steht aber bei Land- und Marinesystemen ohnehin nicht schlecht da, sagt Wolfgang Labuhn: 'Unternehmen wie Rheinmetall, KMS+NEXTER Defense Systems und die Flensburger Fahrzeugbau GmbH haben seit Beginn des Ukraine-Krieges bewiesen, dass sie große Landfahrzeuge wie den Marder und Leoparden des Typs 1 und 2 schnell einsatzbereit liefern können. Im Schiffbau

produzieren die Naval Vessels Lürssen Group und German Naval Yards weltweit gefragte Korvetten und Fregatten. Und Thyssen Krupp Marine Systems baut die besten nicht-nuklearen U-Boote der Welt, die in zahlreiche Länder exportiert werden.'

Pop-up Karrierelounge

Die Finanzspritze aus Berlin soll unter anderem dafür sorgen, dass die Bundeswehr den Kern der schnellen Eingreiftruppe der EU bilden kann, die 2025 unter deutscher Führung einsatzbereit sein soll. Deutschland beteiligt sich als Führungsnation u.a. mit den Niederlanden an der verstärkten Forward Presence Battlegroup der Nato in Litauen und ist bereit, dort eine ganze Brigade von 4.000 Soldaten zu stationieren.[19] Aber ist es möglich, für all diese Ambitionen Personal zu finden? Ist die Bundeswehr im Jahr 2023 ein attraktiver Arbeitgeber? Diese Fragen stellte Oberst André Wüstner, Vorsitzender des Deutschen Bundesverbandes, in Königswinter: Es gebe Interesse junger Menschen, Militär- oder Zivilangestellte(r) beim Militär zu werden, aber die Bundeswehr müsse mit der Polizei und anderen Bereichen konkurrieren, da die Jüngeren nicht nur an Arbeitsplätzen, sondern auch an Ausbildung interessiert seien. 'Passt das, was die Bundeswehr anbietet, noch zur jungen Generation?', fragte sich Wüstner. Den Personalmangel durch eine Reaktivierung der Wehrpflicht zu lösen, wie manche vorschlagen, sei unmöglich, so Wüstner: 'Wir haben nicht mehr genug Kasernen, um diese Leute unterzubringen'. Wolfgang Labuhn bezeichnet die Diskussion um die Wehrpflicht als ziemlich sinnlos: 'Die gesamte notwendige Verwaltungsinfrastruktur ist komplett abgeschafft worden.'

Mit Aktionen in den sozialen Medien und den eigenen Webkanälen versucht die Bundeswehr, junge Menschen für eine Karriere bei den Streitkräften oder für einen Freiwilligendienst zu begeistern, der zwischen 7 und 23 Monaten dauern kann und unter bestimmten Voraussetzungen bereits mit 17 Jahren beginnen kann. Von der allgemeinen Informationsseite aus geht es mit einem Klick weiter zur Tabelle der Nettogehälter. Die Bundeswehr arbeitet auch mit Pop-up-Karrierelounges, von denen die erste 2019 entstand. Die neueste Lounge eröffnete im vergangenen August in einem Einkaufszentrum in Koblenz und bis März können Interessierte dort mit Recruitern ins Gespräch kommen. Einer der Schwerpunkte bei der Rekrutierung ist die körperliche und geistige Fitness, der das Bundeswehrmagazin Y kürzlich sogar eine Sonderausgabe gewidmet hat.[20]

Kurz nach der deutschen Wiedervereinigung 1990 und der Integration der Nationalen Volksarmee der DDR in die Bundeswehr setzte der Personalabbau ein, verstärkt durch die Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011. Um von derzeit 182.000 Soldaten bis auf die 2032 gewünschte Zahl von 203.000 Soldaten zu kommen, muss noch viel getan werden. 'Seit 2011 hat die Bundeswehr große Rekrutierungsprobleme', sagt Wolfgang Labuhn. 'Die Bundeswehr bietet viele Beschäftigungsmöglichkeiten zu vergleichbaren Löhnen wie in der Wirtschaft, mit Ausnahme von Fachkräften wie IT-Spezialisten, Ärzten und Ingenieuren, die anderswo mehr verdienen können. Die Streitkräfte gelten aufgrund von unregelmäßigen Schichten, Versetzungen usw. als ,familienunfreundlicher Arbeitgeber. Es wird jetzt versucht, Rekruten in der Region zu stationieren, in der sie leben, aber dieses Projekt hat gerade erst begonnen.'

Inzwischen ergreift so manche Einheit der Bundeswehr eigene Initiativen, um neu rekrutierte Soldaten zu halten und die Abbrecherquote nach der ersten Übung zu senken. So startete 10. Kompanie des Fallschirmjägerregiments 26 einen Versuch mit dem Projekt Null-800, das den Rekruten das Recht gibt, den Dienst um 8:00 Uhr statt um 7:00 Uhr morgens anzutreten. Damit reagiert die Führung auf die 'abrupte Veränderung der Lebenswirklichkeit', über die sich die Rekruten beklagt hatten.[21] Ein Oberstleutnant und ehemaliger Fallschirmjäger, der betont, dass er nicht im Namen der Bundeswehr spreche, sagt, er sehe kein Problem in dieser zusätzlichen Stunde, solange die Ausbildungsziele irgendwann erreicht würden. Er macht sich aber große Sorgen um die körperliche und geistige Fitness der Rekruten und hält es für gefährlich, die Messlatte zu senken, um zu verhindern, dass junge Menschen nach der ersten Übung ihre Uniform wieder einreichen. 'Die Smartphone- und Computerspiel-Generation steht jetzt am Start. Wenn die Situation während einer Schlacht verwirrend und lebensbedrohlich wird, muss mein Verstand in der Lage sein, sich zu 100% auf das Überleben meiner Soldaten zu konzentrieren. Dann muss mein Körper trainiert sein und in der Lage sein, Belastungen und Schmerzen zu ertragen und ich muss über die Grenzen meiner Fähigkeiten hinausgehen können. Das Überschreiten dieser Grenzen muss daher mit jungen Menschen trainiert werden.'

Die Regierungspartei FDP hat vorgeschlagen, die Bundeswehr für Ausländer zu öffnen, die nach fünf Dienstjahren die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben sollen. Wolfgang Labuhn hält das angesichts des Personalmangels in den Streitkräften für keine schlechte Idee: 'So können sich Migranten besser in die Gesellschaft integrieren und auch einen Beruf erlernen.' Eine weitere Herausforderung besteht darin, die Reserve zu füllen. Die Bundeswehr hat jetzt 34.000 Reservisten. Es ist die Aufgabe der Bundeswehr, gemeinsam mit den Arbeitgebern mehr Deutsche von der Sinnhaftigkeit der Reserve zu überzeugen, die eine Stärke von 60.000 Mann haben soll. Der erste Pool, aus dem Reservisten rekrutiert werden, sind die 15.000 Militärangehörigen, die jedes Jahr aus dem aktiven Dienst ausscheiden.[22]

Weil die Wehrpflicht als 'Bindemittel' zwischen Bundeswehr und Gesellschaft verloren gegangen sei, habe die Unwissenheit über die Streitkräfte in der deutschen Bevölkerung stark zugenommen, 'auch in den Medien, wo über militärische Angelegenheiten berichtet wird, ohne jemals eine Kaserne von innen gesehen zu haben. Das führt oft zu Fehlern, wie die Berichterstattung über den Ukraine-Krieg zeigt, wo Mörser mit Haubitzen verwechselt werden und alle gepanzerten Fahrzeuge als Panzer bezeichnet werden', sagt Wolfgang Labuhn.

360-Grad-Ausrichtung

'Die Bundesrepublik muss eine Führungsrolle einnehmen und als starkes Land in der Nato liefern', so der SPD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Hellmich in Königswinter. 'Im Herbst werden wir die Haushaltsdebatte haben, und 2 Prozent des BIP sollten die Untergrenze sein', sagte er und bezog sich dabei auf den Nato-Standard für jährliche Verteidigungsausgaben. In der Zwischenzeit hat die Regierung die 2% jedoch bereits gesenkt und eine frühere Zusage ratifiziert, dass die 2% im Durchschnitt von fünf Jahren erreicht werden. [23] Laut Jasper Wieck muss ohnehin viel Geld zur Verfügung gestellt werden, denn zwar werde sich die Bundeswehr wieder stärker auf die kollektive Verteidigung konzentrieren, es sei aber nicht so, dass sich Deutschland komplett aus internationalen Kriseneinsätzen

zurückziehe. Als Schwerpunkte nannte Wieck Afrika und den Indo-Pazifik, wo Russland und China zunehmend an Einfluss gewinnen. Spätestens Ende Mai 2024 werde die Bundeswehr Mali verlassen, 'aber die terroristische Bedrohung aus diesem Gebiet wird nicht verschwinden. Wir müssen eine 360-Grad-Orientierung für alle Arten von Bedrohungen beibehalten'. Die Bundeswehr inventarisiert derzeit gemeinsam mit Frankreich die *Lessons learned* aus Mali, weil sie laut Wieck in künftigen Einsätzen von Nutzen sein könnten. Elke Löbel, Generalsekretärin des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sagte bei den Petersberger Gesprächen, dass integrierte Sicherheit auch viel Feldarbeit beinhalte. Ihr Dienst konzentriert sich unter anderem auf den Nahen Osten, das Horn von Afrika und Mali. 'Die Unterstützung von Antikorruptionsinitiativen, Programmen zur Armutsbekämpfung und der Stärkung der Rolle der Frau kann zu weniger Gewalt in der Gesellschaft führen und die Anziehungskraft terroristischer Bewegungen verringern. Das ist ein langfristiger Prozess, und wir müssen bereit sein, auch nach dem Abzug der Bundeswehr lange zu bleiben.'

Bundeskanzler Scholz sieht die Nato als 'Garant' der europäischen Sicherheit, ist aber der Meinung, dass die EU-Länder mit der Integration ihrer Verteidigungsstrukturen weitergehen sollten, weil das gleichzeitig das Bündnis stärkt.[24] Deutschland wird sich voll und ganz für die EU, die Nato und die Stärkung der Beziehungen zu den Demokratien weltweit einsetzen müssen, denn sonst könnten sich die vergangenen dreißig Jahre Freiheit als Ausnahme in der Geschichte erweisen.[25] Jasper Wieck sagte, dass die Nationale Sicherheitsstrategie ohne die russische Invasion in der Ukraine ganz anders ausgesehen hätte. 'Russland ist die größte Bedrohung für die euratlantische Region in naher Zukunft. Wir stehen erst am Anfang der Zeitenwende und müssen noch weiter aus unserer Komfortzone herauskommen.' Deutschland befinde sich in einer besonderen Zeit: 'Litauen legt seine Sicherheit in die Hände der Bundesrepublik. Angesichts der Geschichte ist das ein Geschenk, das wir annehmen müssen.'

[1] Friedrich Ebert Stiftung, '18. Petersberger Gespräche zur Sicherheit. Zeitenwende in der Sicherheitspolitik – Deutschlands Weg in eine neue Ordnung' (Königswinter, 17. Juni 2023).

[2] Bundeskanzler Olaf Scholz, Reden zur Zeitenwende (Berlin, Bundesregierung, September 2022) 7-8.

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/2131062/78d39dda6647d7f835bbe76713d30c31/bundeskanzler-olaf-scholz-reden-zur-zeitenwende-download-bpa-data.pdf>.

[3] Scholz, Reden zur Zeitenwende, 29, 40-41.

[4] Nationale Sicherheitsstrategie: *Integrierte Sicherheit für Deutschland. Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig* (Berlin, Auswärtiges Amt, Juni 2023) 7.

[5] 'Deutschland gibt sich erstmals eine umfassende China-Strategie' (Berlin, Auswärtiges Amt, 2023). <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/asien/china-strategie/2607934>.

[6] Christina Catherine Krause, 'Die verpasste Chance: Eine Analyse macht noch keine Strategie', *Monitor Sicherheit* (Berlin, Konrad Adenauer Stiftung, 16. Juni 2023) 4.

[7] 'Nationale Sicherheitsstrategie: 'Blutleer' und 'irrelevant' (Berlin, CDU/CSU Bundestagsfraktion, 14. Juni 2023).

- [8] Christine Lambrecht, 'Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt', in: Ringo Wagner und Hans-Joachim Schaprian (Red.), *Zeitenwende in der Sicherheitspolitik – Deutschlands Weg in eine neue Ordnung* (Magdeburg, Friedrich Ebert Stiftung, 2022) 42.
- [9] Olaf Scholz, Nationaler Sicherheitsstrategie, 5.
- [10] Björn Müller, 'Neue Heeresstruktur weist den Weg in die Zukunft', *Loyal*, 8. August 2022.
- [11] Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr (Berlin, Bundesregierung, 2016).
- [12] Matthias Gebauer und Konstantin Hammerstein, 'Heerjemine!', *Der Spiegel*, No. 3, 41, Januar 2023, 14.
- [13] Lars Hoffmann und Gerhard Heiming, 'Zinsen fressen rund 13 Milliarden Euro. Finanzierung der Vorhaben nur schleppend', *Europäische Sicherheit & Technik*, März 2023, 27-29.
- [14] '100 Milliarden zusätzlich – und immer noch Fragen offen', *Loyal*, 9. Juni 2022.
- [15] Achim Wohlgethan mit Martin Specht, *Blackbox Bundeswehr. Die 100-Milliarden-Illusion. Was unsere Truppe jetzt wirklich braucht* (Berlin, Econ, 2023) 16-17.
- [16] Uli Hauck, 'Warum auch Pistorius rechnen muss', *Tagesschau.de*, 5. Juli 2023. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/haushalt-verteidigung-pistorius-100.html>.
- [17] Krause, 'Die verpasste Chance', 6.
- [18] Lars Hoffmann und Gerhard Heiming, 'Zinsen fressen rund 13 Milliarden Euro', *Europäische Sicherheit & Technik*, 28.
- [19] Bundeskanzler Olaf Scholz, Reden zur Zeitenwende (Berlin, Bundesregierung, September 2022) 40.
- [20] 'Fitness', *Y* (Berlin, Bundesministerium der Verteidigung, Juni 2023).
- [21] 'Rekruten bei den Fallschirmjägern dürfen länger schlafen', *Bundeswehr.de*, 10. Februar 2023.
- [22] 'Auftrag der Reserve', *Bundeswehr.de*.
- [23] 'Ampel will Zwei-Prozent-Ziel der Nato nicht festschreiben', *Stern.de*, 16. August 2023.
- [24] Bundeskanzler Olaf Scholz, Reden zur Zeitenwende (Berlin, Bundesregierung, September 2022) 38.
- [25] Bundeskanzler Olaf Scholz, Reden zur Zeitenwende (Berlin, Bundesregierung, September 2022) 18.